

Bundesverkehrswegeplan lässt noch einiges offen

„Der Bundesverkehrswegeplan ist für Thüringen wichtig, aber noch an vielen Stellen zu verbessern“, sagt Dr. Gudrun Lukin, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag.

Bei den Thüringer Bahnvorhaben wurde im Bundesverkehrswegeplan der Ausbau der Strecke Erfurt-Eisenach auf eine Geschwindigkeit von 200 km/h im vordringlichen Bedarf berücksichtigt. Leider wurden der vollständige zweigleisige Ausbau und die Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Verbindung (MDV) von Chemnitz über Gera, Jena und Weimar nach Erfurt und die Schließung der Elektrifizierungslücke von Gotha nach Leinefelde nur in den potenziellen Bedarf eingeordnet. Hier werden wir politisch und fachlich handeln. Die Strecke ist die meistbefahrene Schienenverbindung im Freistaat, sie muss realisiert werden.

Auch den Lückenschluss an der Werabahn hat der Bund nicht berücksichtigt. Leider ist hier nicht ersichtlich, nach welchen Kriterien die Bewertung der Bahnvorhaben erfolgte. Deshalb werden wir dem Landtag vorschlagen, sich für den zweigleisigen Ausbau und die Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Verbindung von Chemnitz über Gera, Jena, Weimar und Erfurt einzusetzen und den Lückenschluss Coburg-Südthüringen erneut zu prüfen.

Auch bei den Ortsumgehungen ist noch Handlungsbedarf. Der Umfang

der aufgenommenen Straßen ist relativ groß. Für rund 1,8 Milliarden Euro werden in den nächsten 15 Jahren Straßenprojekte realisiert werden können. 36 Vorhaben wurden in den vordringlichen bzw. weiteren Bedarf aufgenommen. 18 Ortsumgehungen wurden nicht berücksichtigt. Grund ist das durch den Bund errechnete Kosten-Nutzenverhältnis. Hier wollen die Landesregierung und die Abgeordneten unserer Fraktion noch einmal nachstoßen. Besonders die Ortsumgehungen Wasungen und Merkers/Dorndorf sollen noch verhandelt werden.

Ein Vorteil für die Debatte um den Ausbau der Bundesverkehrswege ist allerdings, dass diesmal die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger ermöglicht wurde.

Deshalb rufe ich die Thüringerinnen und Thüringer auf, das Angebot des Bundes zur Bürgerbeteiligung zu nutzen. Noch bis zum 2. Mai liegt der Entwurf des Bundesverkehrswegeplans zur Öffentlichkeitsbeteiligung im Landesamt für Bau und Verkehr aus. Die Planungen findet man während dieses Zeitraums im Internet unter www.bmvi.de.

Hier kann man prüfen, ob Vorschläge des Bundes nachvollziehbar sind oder welche Argumente für eine andere Lösung sprechen. Deshalb: Bringen Sie sich ein in die Debatte um den richtigen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur.

MdL Dr. Gudrun Lukin

Unterstützung für Frauenchor „Lyra“



Jeden Dienstag um 19 Uhr trifft sich der internationale Frauenchor „Lyra“ im Mehrgenerationenhaus in Weimar-West zur Probe, um mit ehrenamtlicher Unterstützung des Chorleiters Lukas Ziesche an seinem Repertoire und der Gesangsqualität der Mitglieder zu feilen.

In Weimar und Umgebung hat der Chor einen festen Platz bei Veranstaltungen, wie dem Interkulturellen Neujahrsfest, dem 1. Mai, dem Internationalen Frauentag oder auch beim Gedenktag an die Befreiung des ehemaligen KZ Buchenwalds. Mit seinem Repertoire möchte der Chor nicht nur

musikalischen Genuss bereiten, sondern auch seinen Teil zur gesellschaftlichen, internationalen und interkulturellen Begegnung beitragen.

Bei ihren vielfältigen Auftritten wollen die Frauen des Chors nicht nur stimmlich überzeugen, sondern auch ein angemessenes Bild abgeben. Einheitliche, festliche Chormappen fehlten dabei bislang. Am 12. April übergab der LINKE-Wahlkreisabgeordnete Steffen Dittes namens der Alternative 54 e.V. eine Spende an den Chor für funkelnde, neue Chormappen. Die Alternative 54 wünscht weiterhin frohes und erfüllendes Schaffen.

Klinik-Standorte bleiben erhalten

Zum Vorschlag der Ersatzkrankenkassen (vdek), acht Krankenhäuser zu schließen, sagte Jörg Kubitzki, gesundheitspolitischer Sprecher der LINKE-Landtagsfraktion: „Die rot-rot-grüne Koalition steht zu ihrer Aussage im Koalitionsvertrag, Thüringer Krankenhäuser auch im ländlichen Raum erhalten zu wollen. Der Krankenhausplan muss ein erster Schritt sein, um eine effektive und nachhaltige, aber auch flächendeckende Krankenhausversorgung für Thüringen bis zum Jahre 2030 zu entwickeln.“

Der Abgeordnete möchte die Krankenkassen besonders in den Diskussionsprozess zur Größe und Ausstattung von Fachabteilungen der Krankenhäuser einbeziehen. „Die medizinische Versorgung im ländlichen Raum muss gestärkt werden. Deshalb sollte darüber nachgedacht werden, dass sich kleine Krankenhäuser zu medizinischen Versorgungszentren weiterentwickeln können. Der Vorstoß der Ersatzkassen soll nur die Diskussion im Krankenhausplanungsausschuss befeuern. Er verunsichert aber besonders die Menschen im ländlichen Raum.“

„Das wäre unverantwortlich“

Die Thüringer Gesundheitsministerin Heike Werner (DIE LINKE) hatte die Forderungen ebenfalls als unverantwortlich zurückgewiesen: „Ziel der Krankenhausplanung ist die Versorgung der Bevölkerung, nicht die wechselseitige Versorgung der Krankenhäuser. Durch die tatsächliche Inanspruchnahme der Krankenhäuser beweisen die Thüringer, dass sie dem jeweiligen Standort Vertrauen entgegenbringen.“

Zudem sind alle Krankenhausstandorte wichtige Arbeitgeber. Eine Umsetzung der Forderungen des vdek würde Einschnitte in der Versorgung und lange Anfahrtswege für die Bürger zur Folge haben. Das wäre unverantwortlich.

Zugleich sei ein einfaches „Weiter so“ in der Krankenhausplanung nicht die Politik der Landesregierung. „Wir wollen auf eine qualitätsorientierte Planung umsteuern. Es müssen Anpassungen an die aktuellen Bedürfnisse sowie an die geänderte Bevölkerungsstruktur erfolgen. Das wird die Krankenhauslandschaft mittelfristig verändern, bedeutet aber nicht automatisch die Schließung von Standorten.“

Nebenbei NOTIERT

von **Stefan Wogawa**

Großes Kino?

Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag fordert in einem Antrag „im Jahr 2016 eine Landeszuweisung zur Stärkung der kommunalen Finanzkraft und Selbstverwaltung“ (Drucksache 6/2004). Der Vorstoß argumentiert mit der Räuberpistole, die aktuellen Landeszuweisungen im kommunalen Finanzausgleich (KFA) würden im Vergleich zum Jahr 2014 „sinken“. Auch in den sozialen Netzwerken behauptet die CDU-Fraktion „Kürzungen“ beim KFA. Das soll großes Kino sein, entpuppt sich aber schnell als drittklassige Schmierkomödie.

Der Vorwurf ist Unsinn, da Rot-Rot-Grün die Finanzausgleichsmasse im KFA 2016 um rund 50 Millionen Euro auf 1,9 Milliarden Euro erhöht hat. Folgt man dennoch der „Logik“ der CDU-Fraktion, muss man fragen: warum hat sie vor einem halben Jahr keinen entsprechenden Antrag in den Haushaltsberatungen gestellt, sondern sich komplett verweigert und auf diese Art – eine eklatante Fehlstrategie! – als parlamentarischer Arbeitsverweigerer selbst in die politische Schmollecke gestellt.

Die CDU war hinsichtlich der Kommunalfinanzen schon weiter: „Nur neues Geld ins System zu pumpen, ist falsch.“ Gesagt hat das die frühere Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (Thüringer Allgemeine vom 10.10.2013). Davon will man heute nichts mehr wissen, mimt stattdessen den mit Steuergeld spendablen Ganzjahres-Weihnachtsmann.

Demgegenüber nimmt r2g die Situation der Kommunen ernst. Mit einer Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform sollen endlich leistungsfähige Kommunalstrukturen entstehen. Die CDU bekämpft diese notwendige Reform – die sie schon als Regierungspartei jahrelang blockiert hatte – erbittert. Ihre Akteure chargieren in dieser Debatte bis an die Schmerzgrenze, bieten kaum mehr als Scharlatanerie.

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in **UNSERE NEUE ZEITUNG**.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.